Freitag, den 23. Januar 1925. | Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 10. | 3. Jahrg.

Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Januar beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

Helsingfors und Ssowjetrußland.

Von Armin Zerbe.

Die Helsingforser Konferenz ist zu Ende. Die offiziellen Ergebnisse sind nicht nennenswert. Es wurde in allgemeinen Punkten das Verhältnis der Baltenstaaten, also Lettlands, Estlands und Finnlands sowie Polens zum Völkerbund festgestellt. Auch soll eine Einigung in der Garantie- und Abrüstungsfrage erzielt worden sein. Die Außenminister der einzelnen Staaten haben sich sehr optimistisch über das weitere Zusammenarbeiten ausgesprochen. Doch in den Kommissionen sah die Sache anders aus. Es türmten sich Gegensätze, die fast unüberbrückbar schienen. Wenn man schließlich doch noch zu einer leidlichen Verständigung gelangt ist, so ist dies nicht zuletzt dem Eingreifen des Außenministers Skrzynski zu verdanken, der bei einem Zusammenbruch der Konferenz sich der großen Blamage bewußt war.

Skrzynski hatte in Helsingfors einen schweren Stand. Das Zusammenfallen des Briefkastenstreits mit der Eröffnung der Konferenz wurde von Kreisen, die dem Zusammenarbeiten Polens mit den Baltenstaaten feindlich gegenüberstehen, in einer Weise gedeutet, die den aggressiven Charakter des polnischen Vorgehens gegen die Freistadt Danzig sowie die Expansionsgelüste Polens unterstrich. Eine nicht geringe Rolle spielten auch dabei die Ansprüche Polens auf einige lettische Gemeinden. Polen, das zur Befreiung dieser auch von einigen Polen bewohnten Gebiete beitrug, hat früher wiederholt den Wunsch ausgedrückt, diese Gemeinden dem Mutterlande einzuverleiben bezw. eine Grenzregulierung vorzunehmen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß Skrzynski gerade jetzt mit diesem Wunsch auf der Konferenz herausgerückt ist. Die Mißstimmung, die dadurch entstanden wäre, hätte es kaum gestattet, die Konferenz „glücklich" zu Ende zu führen. Dagegen ist mit einer gewissen Sicherheit anzunehmen, daß man sich außerhalb der offiziellen Tagesordnung über das Verhältnis jedes der Konferenzstaaten zu Ssowjetrußland sehr eingehend unterhalten hat.

Ssowjetrußland hat der Konferenz große Bedeutung beigemessen. Die Zusammenkunft der russischen Botschafter aus London und Paris in Berlin war kein Zufall. Die drei Botschafter haben über Gegenmaßnahmen beraten, die die Bildung einer antibolschewistischen Front verhindern sollen. Ob in Helsingfors die antibolschewistische Front schon perfekt geworden ist, ist noch ungewiß. Die baltischen Staaten waren zurückhaltender als man allgemein angenommen hat. Die scharfe Abfuhr, die der estnische Außenminister Pusta wegen seiner Behauptung, Ssowjetrußland hätte durch die „Komintern" für den bolschewistischen Putsch in Estland 10 Millionen Rubel gespendet, von der ssowjetrussischen Presse erhalteu hat, ließ es auch den Außenministern Lettlands und Finnlands geboten sein, in Aeußerungen und Plänen gegenüber Ssowjetrußland vorsichtiger zu sein. In der offiziösen bolschewistischen Presse fehlte es auch nicht an Drohungen gegen Polen, das nach der „Iswestja" bereits mit Rumänien ein antibolschewistisches Bündnis geschlossen hat. Beachtenswert ist die Erklärung des lettischen Außenministers Meierowitsch, der sich inbezug auf einen Baltikumbund mit Einschluß Polens sehr skeptisch ausdrückte. Er wünsche nicht neue Freundschaften, gemeint ist damit Polen, mit neuen Feindschaften zu bezahlen.

Die Ereignisse in Estland sowie der immer größer werdende Einfluß Ssowjetrußlands, der in den Anerkennungen durch die Großmächte zum Ausdruck kommt, haben bewiesen, daß der russische Kommunismus im Laufe der sieben Jahre zu einem wichtigen politischen Machtfaktor geworden ist. Es fragt sich nun, ob es im Interesse der Baltenstaaten, Polens und Rumäniens liegt, einen Schutzwall gegen Ssowjetrußland zu bilden, um dadurch dem Eindringen des Kommunismus einen Riegel vorzuschieben. Ist der Kommunismus nicht lebensfähig, so muß er an sich selbst zugrunde gehen. Durch Defensivbündnisse aber hetzt man sich ein mächtiges Volk auf den Hals, das erst recht danach streben wird, in den Randstaaten kommunistische Ideen zu propagieren. Bisher hat es sich gezeigt, daß kommunistische Putsche und Revolten nur in den Ländern aufflackern konnten, die wirtschaftlich schwer darniederlagen. Dies war der Fall in Bayern, Ungarn, Rumänien und Estland. Auch die polnischen Ostgebiete sind ein dankbares Feld für die bolschewistische Propaganda. Die sträfliche Unterdrückungspolitik der polnischen Regierung hat in diesen Gebieten Verhältnisse geschaffen, die die Weißrussen und Ukrainer direkt in die Arme des bolschewistischen Kolosses treiben.

Auf die Hilfe Englands bezw. Frankreichs ist bei einem Defensivbündnis nicht zu rechnen. Auch Amerika hat an einer Isolierung Ssowjetrußlands kein Interesse. Die im Dezember stark angewachsene Zahl der Arbeitslosen in England macht es der konservativen Regierung sogar zur Pflicht, die Handelsverhandlungen mit Ssowjetrußland wieder aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten, die sich von England nicht den Rang ablaufen lassen wollen, sind heute drauf und dran Ssowjetrußland anzuerkennen. Dasselbe gilt auch von Japan, das vom fernen Osten aus zur wirtschaftlichen Expansion drängt.

Die baltischen Staaten haben ihr Bestehen nach der „Iswestja" ausschließlich der „Korrektheit" der Ssowjets zu verdanken, die, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, nicht daran denken, gegen die Randstaaten vorzugehen. Das ist eine deutliche Sprache. Die „Iswestja" gibt aber auch gleichzeitig das Mittel an, durch welches man die Freundschaft der Ssowjets erringen kann. Das Mittel ist einleuchtend: Die Baltenstaaten sowie Polen sollen nicht als Wall, sondern als Brücke gegenüber Ssowjetrußland dienen. Die Ssowjetpresse weist damit nicht nur auf die große Bedeutung der Staaten als Lieferanten, sondern auch als Durchfuhrländer hin.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Baltenstaaten wie Polen in einer wirtschaftlichen Abhängigkeit zu Rußland stehen. Polen braucht bei der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise heute mehr denn je den russischen Absatzmarkt. Wirtschaftliche Beziehungen aber sind nur auf freundschaftlicher Basis möglich. Ein Defensivbündnis gegen die Ssowjets schließt selbstverständlich freundschaftliche wirtschaftliche Beziehungen aus. Die Außenminister haben sich hoffentlich in Helsingfors Rechenschaft darüber gegeben, was für die Entwicklung ihrer Staaten nützlicher ist, ob Handelsbeziehungen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung oder aber antibolschewistische Front, die unvermeidlich zu einem Kriege führen müßte. Es wäre staatsmännische Klugheit der Außenminister, wenn sie solch eine Politik betreiben würden, die die wirtschaftliche und innerpolitische Gesundung der Staaten sich zum Ziel gesetzt hat, denn dann wäre der bolschewistischen Propaganda der Boden entzogen.

Die P.P.S. und die Minderheitssozialisten.

Beschlüsse über die Zusammenarbeit mit der deutschen Arbeiterschaft.

In unserer Dienstagnummer berichteten wir bereits über den Parteirat der P. P. S. und über die Beschlüsse des ersten Verhandlungstages.

Am zweiten Tage betrafen die Debatten auch die Zusammenarbeit mit den Minderheitssozialisten. Abg. Niedzialkowski referierte über die Zusammenarbeit der P. P. S. mit anderen Sozialisten auf internationalem Gebiet, während Abg. Czapinski beantragte:

„Der Parteirat fordert den Hauptvorstand auf, mit den sozialistischen Parteien der Minderheiten in Polen im Kontakt zu sein."

Diesem Antrag, der angenommen wurde, folgte ein anderer des Abg. Diamand:

„Abmachungen mit Minderheitsparteien dürfen nur diejenigen Parteien betreffen, die zur Londoner Internationale gehören."

Auch dieser Antrag wurde angenommen, trotzdem er teilweise mit dem vorhergehenden im Widerspruch steht.

In der Gewerkschaftsfrage und der beabsichtigten Zusammenarbeit der Klassenverbände mit der deutschen Arbeiterschaft referierte Abg. Szczerkowski. Angenommen wurde ein Antrag Szczerkowskis und Adameks folgenden Wortlauts:

„Der Parteirat fordert den Hauptvorstand auf, zwecks Besprechung der gewerkschaftlichen und politischen Forderungen der deutschen Arbeiterschaft Polens eine gemeinsame Konferenz einzuberufen."

Der „Robotnik", dem wir diese bedeutsamen Beschlüsse entnehmen, druckt dieselben ohne nähere Erläuterungen ab. Infolgedessen können wir nicht feststellen, in welchem Geiste und Sinne diese Beschlüsse gefaßt wurden. Wir müssen daher auch unsere Stellungnahme zurückstellen und die beantragte Konferenz abwarten.

Grabski verteidigt Thugutt.

In der Budgetkommission wurde die Aussprache über das Expose des Ministerpräsidenten Grabski eröffnet. Abg. Michalski von der Christlichen Nationaldemokratie besprach sehr eingehend die Frage der Auslandsanleihe. Er wies darauf hin, daß Deutschland, das durch den Dawesplan stark belastet ist, ohne weiteres eine Auslandsanleihe erhalten hat. Dasselbe gilt auch von der deutschen Industrie. Polen dagegen mache die größten Anstrengungen, eine Anleihe zu erhalten. Bis jetzt waren jedoch alle Bemühungen ohne Erfolg. Michalski wies auch auf die Reden des Vizeministerpräsidenten Thugutt zum Briefkastenkonflikt hin, die im Auslande einen schlechten Eindruck hervorgerufen haben. Grabski fühlte sich veranlaßt, für seinen Kollegen einzutreten. Er erklärte, daß die Reden auf den Gang der Anleiheverhandlungen nicht eingewirkt hätten, denn die ausländischen Kreise, mit denen er Gelegenheit hatte, zusammenzukommen, haben nichts Nachteiliges über die Ausführungen Thugutts geäußert.

Grabski mußte so sagen, denn andernfalls hätte er Thugutt bloßgestellt, und dieser wäre gezwungen gewesen, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Die Chadecja spricht zur Wahlordnung.

Am Sonntag hielt die Chadecja in Warschau ihren Parteirat. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu ersehen, daß die Partei im Jahre 1924 einen Zuwachs von 10 Parteizeitungen und -Schriften zu verzeichnen hat.

Zum Thema „Wahlordnung" sprach Abg. Geistlicher Kaczynski. Seiner Ansicht nach kann eine Aenderung der Wahlordnung nach dem Vorschlag der Piasten und der Endecja für den Staat (lies: auch für diese Partei) große Gefahren bringen. Es dürfte höchstens eine Verringerung der Abgeordnetenzahl zugelassen werden. Gutzumachen ist auch die Ungerechtigkeit, daß bei den letzten Wahlen in manchen Bezirken 13 bis 14 tausend Wähler einen Abgeordneten erhielten, während in anderen Bezirken für ein Mandat 26 bis 30 tausend Stimmen notwendig waren.

Abg. Chacinski nahm zu der politischen Lage Stellung und erklärte, daß die Chadecja die Grabskiregierung für alle Fälle halten müsse. Wer Grabski stürzen würde, müßte die Verantwortung für das Chaos übernehmen, das darauf entstehen würde.

Der Parteirat hat die Ansichten der Abgeordneten gutgeheißen.

Der Briefkastenstreit.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat, wie polnische Blätter melden, beschlossen, den Briefkastenkonflikt auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerbundes zu stellen. Sollte der Völkerbund keine Entscheidung fällen, dann soll der Konflikt dem Haager Schiedsgericht überwiesen werden.

Der Londoner „Evening News" weiß zu berichten, daß Danzig eine Reihe englischer und amerikanischer Korrespondenten eingeladen hat, die an Ort und Stelle sich über den Konflikt mit Polen unterrichten sollen. Die Kosten des Ausfluges soll angeblich die deutsche Reichsregierung tragen. Polnische Blätter schließen daraus, daß Deutschland für sich Kapital aus dem Konflikt schlagen will.

Der Danziger Senat hat am Mittwoch Stellung zu den von Polen angedrohten wirtschaftlichen Repressalien genommen. Was der Boykott der Danziger Messe anbelangt, so sind Anmeldungen aus 16 Staaten eingelaufen. Die Anmeldungen aus Polen betragen kaum 12 Prozent. Die Redner hießen das Vorgehen des Präsidenten Sahm gut. Auch der Sozialdemokrat Goel wies ganz entschieden die historischen Ansprüche Polens auf Danzig zurück. Er stellte jedoch fest, daß der Danziger Senat die Schuldigen am Beschmieren der Kasten unbedingt hätte bestrafen müssen.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Am Dienstag ist der Sejm nach den Weihnachtsferien zum ersten Mal wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stand nichts von Wichtigkeit. Vier Dringlichkeitsanträge in Sachen des Briefkastenkonflikts wurden der Kommission für auswärtige Fragen überwiesen. Sie sollen am Freitag nach einer Erklärung des Außenministers Skrzynski zur außenpolitischen Lage zur Beratung gelangen. Das Gesetz über den Schutz der Brieftauben wurde in 2. und 3. Lesung angenommen.

Autonomie für die Ukrainer und Weißrussen.

In der Dienstagsitzung des Sejm reichte der Klub der polnischen Sozialisten das Gesetzesprojekt über eine territoriale Autonomie für die Ukrainer und Weißrussen ein. Damit hat die P. P. S. als erste das Wort zur Regelung der Minderheitenfrage in Polen ergriffen.

Massenanträge um Auslieferung von Abgeordneten.

In der gestrigen Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission wurden zwei Anträge um die Auslieferung des Abg. Dziduch (Bauernbund) abgelehnt. Auch wurde einstimmig der Antrag um die Auslieferung des Abgeordneten Głąbinski (Nationaler Volksverband) und Moraczewski (P. P. S.) sowie um die Auslieferung von 21 Abgeordneten der P. P. S. wegen Unterzeichnung einer Sejminterpellation abgelehnt.

Der letzte Antrag der Staatsanwaltschaft ist charakteristisch. Sie muß wissen, daß die Verfassung eine Auslieferung verbietet, wenn es sich um Arbeiten der Abgeordneten auf dem Sejmterrain handelt.

„Piast" will Kredite.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission stellten einige Abgeordnete den Antrag, die im Budget vorgesehenen Kredite für die Landwirtschaft zu kürzen.

Abg. Byrka (Piast) wandte sich in scharfen Worten gegen Grabski und erklärte, daß wenn auch nur ein einziger Groschen von den Krediten für die Landwirtschaft gestrichen werden sollte, der Piast gegen die Regierung stimmen werde.

Premier Grabski griff vermittelnd ein. Die Anträge wurden endgültig noch nicht erledigt.

Volksentscheid über ein Alkoholverbot in Zakopane.

Aus Zakopane wird berichtet, daß sich dort ein Ausschuß zur Durchführung einer Volksabstimmung im Sinne des Art. 4 des Gesetzes vom 23. 4. 1920 gebildet hat. Es sollen alle über 21 Jahre alten Mitglieder der Gemeinde beiderlei Geschlechts darüber abstimmen, ob in Zukunft in Zakopane Alkohol verkauft werden darf oder nicht. Es wird dies in Polen die erste derartige Abstimmung sein.

Blutjustiz in Estland und Litauen.

Die estnische Polizei hat einen der bolschewistischen Kommissare festgenommen, die bei der roten Invasion in Estland, die zu Ende des Weltkrieges erfolgte, eine verhängnisvolle Rolle spielten. Es ist ein Russe namens Sschtscheglowitow, der damals mehrere estnische Bauern ermordet haben soll. Er wurde jetzt vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

In Kowno sind wegen Propaganda in der litauischen Armee vier Kommunisten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Die vorstehenden Nachrichten aus Estland und Litauen zeigen, welch einen Grad von Erbitterung der Kampf angenommen hat, der von den Regierungen der östlichen Randstaaten gegen die Kommunisten geführt wird. Todesurteile wegen angeblicher Mordtaten, die im Jahre 1918 begangen wurden! Todesurteile wegen Propaganda in der Armee! Und den Todesurteilen folgen die Hinrichtungen auf dem Fuße. Die Henker haben alle Hände voll zu tun. Diese Methoden, die die Panik der Behörden in den Randstaaten kennzeichnen, sind weder geeignet, die „bolschewistische Gefahr" im Innern dieser Länder abzuschwächen, noch die Sympathien der westeuropäischen Länder für den Abwehrkampf der Randstaaten gegen Moskauer Expansionsgelüste zu fördern. Sie wecken vielmehr in steigendem Maße die Empörung aller Kulturvölker gegen die Blutjustiz, die den Kommunisten gegenüber angewendet wird. Mit derselben Schärfe, mit der sich Westeuropa gegen die Hinrichtungen in Georgien, wie gegen das blutige Treiben der russischen Tscheka gewandt hat, protestiert es jetzt, im Namen der Menschlichkeit und der politischen Vernunft, gegen die Blutjustiz, die in Litauen und Estland geübt wird.

Coolidges Abrüstungsaktion.

Auch das entwaffnete Deutschland soll mitberaten.

Aus Washington wird gemeldet, daß man in politischen Kreisen davon spreche, Deutschland zur Teilnahme an der zweiten Abrüstungskonferenz einzuladen, die der Präsident der Vereinigten Staaten für den Sommer oder Herbst d. Js. einzuberufen gedenke. **Rußland** werde nur dann eine Einladung erhalten, wenn die amerikanisch-russischen Verhandlungen bezüglich der Anerkennung der Ssowjetregierung vor der Einberufung dieser Konferenz würden beginnen können. Die amerikanische Regierung hege die Hoffnung, daß die Verhältniszahl von 5:5:3 bei der Bestimmung der schweren Kriegsschiffe, die auf der letzten Abrüstungskonferenz angenommen worden sei, auch auf die leichten Kreuzer und die U-Boote ausgedehnt werde.

Mussolini verrückt?

Der Genfer Korrespondent des „Vorwärts" meldet, daß in die Schweiz Nachrichten gelangt sind, wonach Mussolini geisteskrank sein soll. Der Zentralrat der Faschisten soll die Symptome der Geisteskrankheit für sehr ernst angesehen haben. Es soll beschlossen worden sein, Mussolini mit Männern zu umgeben, die verrückte Entschlüsse des Ministerpräsidenten verhindern sollen.

Dr. Luther im ersten Feuer.

(Von unserem reichsdeutschen H. M.-Korrespondenten.)

Reichskanzler Dr. Luther hat dem Reichstag sein Kabinett vorgestellt. Als Dr. Luther seine Rede beginnen wollte, wurde er von lärmenden Zurufen der Linksparteien empfangen. Er stand minutenlang, ohne sprechen zu können. Man sah ihm die große Erregung an. Und als er anhob zu sprechen, da zitterte ganz bedenklich seine Stimme. Als die Kommunisten zu lärmen begannen, sah sich der Reichstagspräsident gezwungen, sich direkt an einzelne kommunistische Abgeordneten mit dem Ersuchen zu wenden, den Reichskanzler sprechen zu lassen. Als der Reichskanzler der früheren Regierung Dank aussprach und die hohen politischen und verehrungswürdigen menschlichen Eigenschaften des scheidenden Reichskanzlers Marx hervorhob, erneuerte sich der Lärm bei den Kommunisten. Die Abg. Frau Golke rief: „Warum haben Sie ihn denn gestürzt, wenn er so verehrungswürdig ist?" Als der Reichskanzler weiterhin versicherte, es sei bei der Kabinettsbildung für ihn und seine Kollegen in erster Linie der Wille maßgebend gewesen, zu verhüten, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise werde, rief ein Kommunist höhnend: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!", was im ganzen Hause Heiterkeit erregte. Als Dr. Luther, der immer wieder unterbrochen wurde, sich darüber beschwerte, daß er nicht sprechen könne, wurde er von den Linksparteien ausgelacht.

Den ersten Vorstoß gegen die Regierung unternahm der Sozialist Dr. Breidscheid, der in heftiger Weise das Regierungsprogramm kritisierte. Er kündigte die schärfste Opposition der Sozialdemokratie an und brachte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein. Das Zentrum gab eine Erklärung ab, daß es sich für die Regierung aussprechen muß, weil es keinen anderen Ausweg sah, um aus der Regierungskrise herauszukommen. Diese Erklärung wurde von den Kommunisten mit Hohngelächter empfangen.

* * *

Die Liga für Menschenrecht gegen das Kabinett.

Die Liga für Menschenrecht hat einen scharfen Protest gegen das neue Kabinett erlassen, weil in ihm Männer sitzen, die der Begünstigung an der Ermordung Dr. Rathenaus verdächtigt sind. Gemeint ist der Wirtschaftsminister Neuhaus, der Ehrenvorsitzender des Jugendbundes war, aus dem die Mörder Rathenaus hervorgingen.

Kommunistische Demonstration in Berlin.

Die Kommunistische Partei hat ihre Mitglieder zu einer großen Demonstration im Osten Berlins aufgeboten. Die Kundgebung galt neben der Forderung auf Freilassung der politischen Gefangenen zugleich einer Gedenkfeier für Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin. An der Demonstration haben sich 25 bis 30 000 Personen beteiligt. Neben zahlreichen Fahnen und Ssowjetsternen sah man in den zum Teil recht stattlichen Zügen Dekorationen und Tafeln, auf denen gegen die weitere Inhaftierung der politischen Gefangenen, für den Achtstundentag und **gegen** die neue Regierung **Luther** demonstriert wurde. Besonderes Aufsehen erregte ein Wagen, auf dem eine riesige **Guillotine** stand, auf deren oberem Querbalken die Worte **Dawesplan** zu lesen waren. Fast alle Züge hatten Kinderabteilungen, in denen Jungen und Mädels im Alter von 6 bis 14 Jahren marschierten. Sprechchöre proletarischer Frauen, die durch rote Kopftücher auffielen, riefen unaufhörlich in gleichem Rhythmus: „Amnestie! Wir fordern Amnestie!" Gegen $11\frac{1}{2}$ Uhr war die Weberwiese überfüllt und starke Züge mußten in den Seitenstraßen Aufstellung nehmen. Ueberall sprachen Redner. Die Tonart der Reden war sehr scharf. Man wandte sich vor allem gegen die „monarchistische Regierung Luther". Der parlamentarische Kampf, so hieß es, könne dem Proletariat nie den Sieg bringen. Das Proletariat müsse sich **Waffen** beschaffen, wo es sie finde; auf den Barrikaden in den Städten, im Bürgerkrieg müsse die Entscheidung für das Volk fallen.

Einhaltung des Achtstundentages in Deutschland.

Arbeitsminister muß gleichlautend bei uns antworten.

Die neue deutsche Reichsregierung hat am 17. Januar in einer Ministerratssitzung den Antrag des Arbeitsministers angenommen, wonach in den Kokereien und den Hüttenwerken der Achtstundentag und damit das Dreischichtensystem wieder eingeführt wird. Der Beschluß soll vom 1. April ab konsequent durchgeführt werden. In dem Antrag des Ministers heißt es, daß die sozial-politischen Rücksichten die Annahme des Beschlusses nötig machen.

Wenn der Beschluß auch eine Reklame für die gegenwärtige Regierung sein soll, so hat ihn die deutsche Arbeiterschaft doch mit großer Erleichterung aufgenommen, da er den Zwölfstundentag in den Hüttenwerken endlich abschafft. Die ausdauernden

Arbeiten der reichsdeutschen Klassengewerkschaften, die von der sozialdemokratischen Partei geführt und unterstützt werden, führten somit zu dem erstrebten Resultat.

Dieser Beschluß der deutschen Reichsregierung muß nunmehr auch unsere Regierung zu demselben Schritt veranlassen, die seinerzeit feierlich versprochen hat, die Verordnung über die Verlängerung der Arbeitszeit in dem Augenblick zurückzuziehen, in dem in Deutschland der Achtstundentag wieder eingeführt wird. An Herrn Minister Sokal liegt es nun, den Termin der Abmachung in der Industrie Oberschlesiens abzuändern. Sie darf nur bis zum 1. April verpflichten.

Sadoul klagt Noulens und Clemenceau an.

Sadoul, der französische Kapitän, der mit Krassin nach Paris zurückkehrte, hatte sich vor dem Kriegsgericht in Orleans wegen Fahnenflucht zu verantworten. Das Gericht beschloß nach der Verteidigungsrede Sadouls, diesen bis auf weiteres freizulassen. Aus der Verteidigungsrede hat folgende Stelle großes Aufsehen erregt:

„Es ist unbegreiflich, daß man in Frankreich immer noch nicht weiß, daß Lenin und Trotzki bei der Bildung der Sowjetregierung unaufhörlich die militärische Unterstützung Frankreichs zur Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland erbeten haben. So wurden beispielsweise die russischen Generale, die den Frieden von Brest-Litowsk verhandelten, von dem General unserer Mission ernannt. Lenin rechnete mit einem Abbruch der Friedensverhandlungen und nahm an, daß er gezwungen sein würde, den Krieg gegen Deutschland wieder aufzunehmen. Er ließ daher durch mich fragen, ob die französische Militärmission bereit sei, sich an die Spitze des russischen Heeres zu stellen. Herr Noulens lehnte ab und der Friede von Brest-Litowsk wurde unterzeichnet. Der Hauptverantwortliche für den Frieden von Brest-Litowsk und den Tod von Hunderttausenden unserer Soldaten ist Clemenceau."

Der Vorsitzende wagte eine schüchterne Einwendung, Sadoul fährt aber fort:

„Man weiß in Frankreich ebenso wenig, daß die französische Militärmission nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk, als der Botschafter Noulens vor den Deutschen bereits die Flucht ergriffen hatte, zusammen mit dem Generalstab arbeitete, der die Regierung der Roten Armee in die Hände bekam. Als die Deutschen zurückwichen, erschien Noulens wieder auf der Bildfläche und wiegelte 50 000 Tschechoslowaken und die Weißgardisten auf. Bei dem Scheitern seiner Pläne ergriff Noulens endgültig die Flucht. Das Leben der französischen Offiziere war aber wegen seiner Haltung in Gefahr; ich aber allein habe sie gerettet."

Sadoul stellt fest, daß man ihm die Rückkehr nach Frankreich verwehrte, um die Person Noulens vor seinen Enthüllungen zu schützen. Aus diesem Grunde und auch weil er von der kommunistischen Partei zum Kandidaten aufgestellt war, wurde er 1919 zum Tode verurteilt. Sadoul nennt das Urteil einen politischen Mordversuch. „Die wahren Schuldigen," so schließt er, „sind Noulens, der verhinderte, daß man mit der Sowjetregierung zu einer Verständigung gelangte und Clemenceau."

Lokales.

Verhandlungen zwischen Regierung und Wirtschaft.

Grabski hat am Dienstag die Beratungen mit den Vertretern der Wirtschaft fortgesetzt. Abg. Wierzbicki forderte für die Industrie Steuererleichterungen. Die im Budget vorgesehene Höhe der Vermögenssteuer müsse die Industrie und den Handel ruinieren. Es liege daher im Interesse der Sanierung, die Vermögenssteuer in Raten zu teilen. Um die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie zu erhöhen, forderte Wierzbicki die Einführung der oberschlesischen Arbeitszeit in Kongreßpolen und Galizien. Dies würde die Rückkehr zum Zweischichtensystem bedeuten. Auch müßten die Kredite für die Industrie erhöht werden.

Ministerpräsident Grabski erklärte, daß die Regierung geneigt sei, die Kredite zu erhöhen, doch würde die Bank Polski nur an solche Zweige der Industrie größere Kredite gewähren, die zur Vergrößerung des Exports beitragen. Was die Vermögenssteuer anbelangt, so meinte Grabski, daß es ausgeschlossen sei, dieselbe in Raten zu teilen. Die Regierung werde sich jedoch bemühen, durch Kreditgewährung die Zahlungen zu erleichtern. Zum Schluß sprach Grabski den Wunsch aus, den Kontakt zwischen Regierung und Wirtschaft fester zu gestalten.

Der Generaldirektor des „Lewiatan", Abg. Wierzbicki, sucht auf Grabski einen Druck auszuüben. Er droht mit Nichtzahlung der Vermögenssteuer. Was er damit bezweckt, ist sonnenklar: Verlängert die Arbeitszeit und wir zahlen pünktlich die Steuern.

Der Kampf gegen die Teuerung. Der Ministerrat hat ein Gesetz über die Einschränkung für die Vermahlung von Brotgetreide ausgearbeitet und wird dasselbe in den nächsten Tagen dem Sejm vorlegen. Das Gesetz bevollmächtigt die Regierung zur Herausgabe einer Verordnung, die die Vermahlung bis zu 70 Prozent einschränkt. Der Ausbuck von Luxusbackwaren kann vollständig untersagt werden. Amerikanisches Mehl soll mit inländischem gemischt werden. Zur Durchführung des Gesetzes hat die Regierung bedeutende Kredite vorgesehen. Im Auslande werden größere Getreidebestellungen gemacht.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen. Nachdem das Schiedsgericht für die Textilarbeiter einen 10-prozentigen Lohnausgleich festgesetzt hat, wandten sich die Arbeitslosen an die Unterstützungsbüros mit der Forderung, auch die Unterstützungssummen um 10 Prozent zu erhöhen. Mit dieser Angelegenheit wandte sich die hiesige Kommission an die Warschauer Hauptverwaltung. Diese antwortete, daß die Frage am Orte selbst erledigt werden kann. Infolgedessen wird in der nächsten Sitzung der Kommission ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt werden.

Streit der städtischen Beamten mit dem Magistrat. Bekanntlich haben die städtischen Beamten am Generalstreik zur Unterstützung der Textilarbeiter teilgenommen. Der Magistrat teilte den Beamten mit, daß ihnen für die Streikzeit Lohnabzüge gemacht werden. In Abzug sollen zwei Tagelöhne kommen, obwohl der Streik nur anderthalb Tage dauerte. In einer vorgestern stattgefundenen Versammlung der Beamten wurde gegen den Beschluß des Magistrats protestiert und beschlossen, durch eine Delegation die Annullierung desselben zu fordern.

In der Metallindustrie weigern sich einige Industrielle den 10prozentigen Lohnausgleich zu gewähren. Die Bezirkskommission der Fachverbände hat vorgestern darüber beraten und beschlossen, die Industriellen durch gesetzliche Schritte zur Einhaltung der Verpflichtung zu zwingen.

Einzlotymünzen wurden am 20. Januar seitens des Münzamtes der Bank Polski überwiesen. Die Münzen wurden tags darauf in den Verkehr gebracht.

Stadtrat. Heute findet die erste Stadtratsitzung nach den Ferien statt. Auf der Tagesordnung stehen die Wahlen des Präsidiums und der Kommissionen sowie der Bericht des Stadtpräsidenten über die Arbeiten des Städteverbandes an den neuen Selbstverwaltungsgesetzen.

Wegen Beleidigung des Gefängnisdirektors hatte sich vorgestern vor dem Lodzer Bezirksgericht Jonas Tenenbaum zu verantworten, der eine Strafe wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verbüßt. Tenenbaum war angeklagt, den Gefängnisdirektor durch ein unzensurierbares Wort beleidigt zu haben, als er forderte, die Gefängnisspaziergänge mit seinen Gesinnungsgenossen zusammen machen zu dürfen und der Direktor ablehnte. Vor Gericht bat Tenenbaum, die Verhandlung in seiner Abwesenheit zu führen, da er den Richter als seinen politischen Feind betrachte. Bezirksrichter Zaborowski kam dieser Bitte nach. Nachdem die Zeugen vernommen worden waren, verlas der Sekretär das Protokoll. T. sagte darauf: „Das sind gemeine Lügen". Das Gericht verurteilte Tenenbaum gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu sechs Monaten Gefängnis.

Starkes Anwachsen der Weltvorräte an Zucker. In den letzten Wochen hatte die Erzeugung von Zucker in den einzelnen europäischen Rübenländern den Höhepunkt erreicht, und demgemäß sind große Mengen von Zucker sichtbar geworden. Hauptsächlich aus diesem Grunde ist das schnelle Anwachsen der sichtbaren Weltvorräte an Zucker erfolgt, wodurch sich gegenüber den Vorräten zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres ein Plus von rund 6,75 Mill. Zentner ergibt. Die sichtbaren Weltvorräte zusammen erreichen nach der letzten Feststellung die Höhe von rund 34,27 Mill. Zentner gegen nur 27,17 und 30,24 Mill. Zentner zu der entsprechenden Zeit in den beiden Vorjahren. Trotzdem ist bei uns der Zucker sündhaft teuer.

Eine neue deutsche Erfindung: Knetbares Holz.

Man könnte zuerst geneigt sein, die Sache für einen Scherz zu halten. Holz in Konservenbüchsen! Eingemachtes Holz! Flüssiges Holz! Sollte nun auch gar das Holz seine guten alten Eigenschaften der Härte und unbeugsamen Zuverlässigkeit verleugnen? Es handelt sich um eine neue Erfindung, für die sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Industrie, Handwerk, Haushalt usw. ein weites Verwendungsgebiet eröffnen dürfte. Das „plastische Holz", wie es von der Herstellerin, einer deutschen Firma, genannt wird, kommt in der Tat in Büchsen auf den Markt und bildet eine leicht knetbare Masse, die man sich etwa wie eine Paste oder einen dickflüssigen Teig vorzustellen hat. Das Material, dessen Zusammensetzung natürlich geheimgehalten wird, kann mit der Hand, mit einem Spachtel oder Modellierholz aufgetragen und bearbeitet werden. Es hat dieselben physikalischen Eigenschaften wie jedes gute Nutzholz, erhärtet an der Luft in wenigen Stunden und kann dann wie richtiges Holz gesägt, gehobelt, geschnitten, geschnitzt, genagelt, poliert und mit Farben angestrichen werden. Gegenüber natürlichem Holz hat die neue künstliche Masse sogar eine Reihe von Vorteilen aufzuweisen: Nach der Erhärtung verzieht und spaltet sie sich nicht, bröckelt nicht, verbindet sich fest mit der Unterlage, wie Holz, Glas, Metall usw., ist wasserdicht und widerstandsfähig gegen jeden Temperatur- und Witterungswechsel. Falls der neuartige Holzkitt in den Büchsen zu hart oder trocken wird, erhält er durch Befeuchten mit einer bestimmten Flüssigkeit seine frühere Knetbarkeit wieder. Namentlich bei der Ausführung von Möbelreparaturen, zum Ausfüllen von Löchern, Sprüngen und Fugen, zur Herstellung gebogener Bilderrahmen oder Leisten sowie plastischen Schmucks für Möbel wird das knetbare Holz nützliche Dienste leisten können.

Vereine.

Christl. Commisverein z. g. U. Donnerstag, den 22. Januar, spricht Herr Gymnasialdirektor Dr. Kotzian-Zgierz über „Selbsterlebtes auf der Balkanhalbinsel".

Sportverein „Pogon". Wie wir erfahren, findet am Sonnabend, den 24. Dezember, die Wiederholung der mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Exzellenz von Oppen" statt. Da dies die letzte Wiederholung ist, ist es geraten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, die im Vorverkauf im Hutgeschäft „Minczewski und Haack", Petrikauer 73 und 132, zu haben sind.

Der Alexandrower Gesangverein „Polyhymnia" hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab, in der eine neue Verwaltung in folgendem Bestande gewählt wurde: A. Hirsch und E. Prochowski, aktive Vorstände; K. Regedzinski und R. Kerger, passive Vorstände; H. Koch, Vorstand der Posaunisten; K. Krause und L. Peter, Kassierer; W. Belau und R. Stenske, Schriftführer; A. Link und B. Müller, Archivare; T. Schultz, E. Heidrich, H. Belau und E. Koch, Wirtschaftsausschuß; R. Kerger, K. Regedzinski, G. Petrich, E. Draht und E. Leitloff, Festausschuß; R. Maurer und O. Fiebich, Leiter des Vereinsstreichorchesters; Th. Braunke und A. Krause, dramatischer Ausschuß: E. Prochowski und H. Tepper, Liederausschuß; K. Fabian und J. Lange, Vereinswirte; B. Zerbe, Th. Schultz und J. Koch, Revisionskommission. J. Wiese, B. Hirsch, M. Wagnitz und H. Ludwig, Ballotagekommission. Zum Chordirigenten wählte man einstimmig Herrn H. Tepper.

Kleine politische Nachrichten.

Korfanty, der Zeitungsaufkäufer. Korfanty hat das in Pommerellen sehr einflußreiche Organ „Gazeta Grudziądzka" käuflich erworben. Dadurch ist der Herr Wojciech in die Lage gekommen, die Leser dieses Blattes, die Anhänger der Witospartei sind, in seinem Sinne zu bearbeiten.

Japan anerkennt Sowjetrußland. Eine japanische Korrespondenz meldet, daß die japanische Regierung im Begriffe stehe, die Sowjetunion anzuerkennen. Eine diesbezügliche Note sei innerhalb einer Woche zu erwarten, nachdem die zwischen den beiden Staaten schwebenden strittigen Fragen beinahe völlig geschlichtet seien.

Brotgetreideüberfluß in Sibirien. In Sibirien wird ein Sinken der Getreidepreise wahrgenommen, was zu bedeuten hat, daß die Bauernschaft einen Ueberschuß an Brotgetreide zum Verkaufe besitzt.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerrat.

Die 13. ordentliche Sitzung des Vertrauensmännerrats findet Sonnabend, den 24. d. M., um 7 Uhr abends, im Parteilokal statt. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner unbedingt erforderlich.

Referentenkurse der D. A. P.

Am Sonntag, den 25. d. M., um 9½ Uhr morgens, behandelt Sejmabgeordneter Artur Kronig die parlamentarische Geschäftsordnung (Schluß) und die Verfassung des polnischen Staates (vollziehende Gewalt und Gerichtswesen).

Von der Krankenkasse.

Teilweise Beilegung der Lohnstreitigkeiten. — Dr. Arzt als Direktor in Frage gestellt. — Schikane der Kasse durch die Hospitäler.

Am Dienstag fand die ordentliche Sitzung der Verwaltung der Krankenkasse statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß er am Vormittag zum Arbeitsinspektor vorgeladen wurde, zu dem sich die Pharmazeuten um Liquidierung des Lohnstreites gewandt haben. Beim Arbeitsinspektor ermäßigten die Pharmazeuten ihre Forderungen auf 32 Prozent. Die Verwaltung beschloß, die bisher angebotenen 21 Prozent aufrecht zu erhalten. Der Standpunkt der Kasse wird sofort dem Arbeitsinspektor mitgeteilt werden. Es ist zu erwarten, daß die Pharmazeuten den angebotenen Lohnausgleich annehmen.

Die Hospitäler wandten sich an die Kasse mit der Forderung, die Gebühren für die Heilung der Krankenkassenversicherten von 50 bis 65 Prozent zu erhöhen. Die Kasse bot 30 Prozent. Der Standpunkt der Leitung wurde gutgeheißen.

Gutgeheißen wurde der Standpunkt des Vorsitzenden, der den Beschluß über den Abzug für den einstündigen Proteststreik außer Kraft setzte und sich an das Bezirksversicherungsamt mit der Bitte wandte, diesen Beschluß zu annullieren.

In Sachen der Lohnforderungen der **Beamten** teilte der Klassenverband der Krankenkassenbeamten mit, daß er die 10prozentige Lohnerhöhung annehme, während der N. P. R.-Verband sich weigert. Trotzdem haben aber am Dienstag alle Beamten den Lohnausgleich angenommen, wodurch der Streit endgültig als beendet gilt.

Die Regierung setzt das Direktorgehalt herab.

Die Uebernahme des Direktorpostens durch Herrn Dr. Arzt konnte noch nicht erfolgen. Durch Beschluß der Verwaltung sollte Herr Dr. Arzt ein Monatsgehalt von 1480 Zloty beziehen. Nunmehr hat das Bezirksversicherungsamt in Warschau der Kasse mitgeteilt, daß inbezug auf Herrn Dr. Arzt die Verordnung des Staatspräsidenten über die Gleichstellung der Bezüge mit den Staatsbeamten angewendet werden muß. Infolgedessen würde Dr. Arzt nur 1085 Zloty beziehen. Verwaltungsmitglied L. Kuk stellte in Anbetracht dessen, daß die Verordnung auch gegenüber allen Beamten angewendet werden soll und diese die Selbstverwaltungen und die Krankenkassen zwingen würde, in Zukunft selbst die besten Beamten zu verlieren, den Antrag, sowohl in Angelegenheit Dr. Arzt wie überhaupt zur Einleitung von Gegenmaßnahmen gegen die Verordnung in Gestalt der Einbringung einer Gesetzesnovelle eine Kommission in das Ministerium und das Bezirksversicherungsamt zu entsenden. Die Kommission soll sich auch mit den Sejmabgeordneten der Arbeiterparteien verständigen, um die Einbringung der Novelle zu erzielen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In die Kommission, die nächsten Dienstag Bericht über die Reise erstatten soll, wurden der Vorsitzende **Kałużyński** und dessen Stellvertreter Kazimierczak gewählt.

Schikane der Hospitäler.

Der Chefarzt gab hierauf zwei krasse Fälle der Nichtannahme von Kranken durch die Hospitäler zur Kenntnis. Dieser Tage erkrankte ein Feuerwehrmann an einem gefährlichen Karbunkel. Die Leitung der Kasse telephonierte alle Spitäler an und erhielt zur Antwort, daß keine Plätze frei sind. Erst als Herr Dr. Grohmann im Hause der Barmherzigkeit anläutete, fand sich dort Platz, trotzdem vorher erklärt wurde, daß der Kranke nicht aufgenommen werden kann. Die Verwaltung beschloß, gegen das Krankenhaus laut den gesetzlichen Vorschriften gerichtlich vorzugehen und die Angelegenheit dem Rechtsbeirat der Kasse zu übertragen.

Ein zweiter Fall. Vor einigen Tagen erkrankte ein Dienstmädchen an einer gefährlichen Augenkrankheit, die den Verlust des Augenlichts nach sich ziehen sollte, wenn nicht sofort eine Operation vorgenommen werde. Sämtliche Spitäler wiesen die Kranke ab. Infolgedessen sah sich die Kasse gezwungen, die Kranke nach einem Warschauer Hospital zu senden, wo der dortige Arzt erklärte, daß das Auge durch die Verspätung wahrscheinlich nicht mehr gerettet werden kann. Auch in diesem Falle wurde beschlossen, den gesetzlichen Weg zu beschreiten.

Die Geschäftsordnung für die Leitung.

Mit den Stimmen der N. P. R. und der Industriellen wurde hierauf eine Geschäftsordnung für den Direktor und die Vizedirektoren angenommen. Die Sozialisten legten gegen den Beschluß Protest ein. Zum Schluß wurde

das Januarbudget,

das in den Einnahmen 930 000 Zloty und in den Ausgaben 888 000 Zloty vorsieht, angenommen.

Um 1 Uhr nachts wurde die Sitzung vertagt und einige Punkte der Tagesordnung zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Aus dem Reiche.

Warschau. Das größte Gebäude in Warschau und in ganz Polen dürfte unzweifelhaft jenes des projektierten staatlichen Archivs sein. Die Lokalitäten des Archivs werden 180 000 Meter Holzregale enthalten. Der größte Teil des Palastes und der Sammlungen werden dem Publikum nicht zugänglich sein. Nur ein kleiner Teil des riesigen Gebäudes wird dem Bedarf des Publikums angepaßt werden. Mit dem Bau, der eine ganze Reihe von Jahren in Anspruch nehmen wird, soll bereits im Frühjahr begonnen und der Bau solange fortgeführt werden, als die im Budget bewilligten Posten hierfür ausreichen. Den Bau des staatlichen Archivs leitet Prof. Przybylski, dessen Entwurf in dem Wettbewerb den ersten Preis erhalten hatte.

Bialystok. Krankenkassenwahlen. Für den 15. Februar l. J. wurden hier die Krankenkassenwahlen angesetzt. Die Sozialisten gehen unter der Liste des Klassenverbandes. Die Chadecja sollte auf Vorschlag der Geistlichkeit mit der N. P. R. eine gemeinsame Liste aufstellen, doch scheiterte der Block an den großen Appetiten beider Seiten. Die jüdische Arbeiter gehen getrennt. Es sind 5 jüdische Listen zu erwarten. Die deutschen Arbeiter werden mit dem Klassenverband stimmen.

Plock. Ein Hinterwäldler auf Reisen. Ein gewisser Konstanty Kobel wollte eine in Plochocin wohnhafte Schwester besuchen. Da er zum ersten Mal mit der Eisenbahn fuhr, so ist es kein Wunder, daß er eine Station zu weit fuhr. Kobel beschloß daher zu Fuß nach Plochocin zurückzugehen. Um den Weg nicht zu verfehlen, ging er den Schienenstrang entlang. Plötzlich sauste ein Schnellzug heran, und ehe Kobel ausweichen konnte, wurde er von der Lokomotive zur Seite geschleudert. Kobel wurden einige Rippen gebrochen und er mußte nach dem Spital gebracht werden.

Kattowitz. Eine neue Art von Duell. Zwei bessere Herren gerieten im Wartesaale 2. Klasse in einen Wortstreit. Sie waren sich beide einig, daß der Streitfall nur durch ein Duell aus der Welt zu schaffen sei, und zwar nicht in dem Wartesaal am Bahnhof in Kattowitz, sondern unter freiem Himmel. Ein jeder von den Streitenden fand bald seine zwei Sekundanten und man wanderte um vier Uhr morgens nach der Wiese hinter der Reichsbank an der „Rawa". Das Duell wurde aber nicht mit Degen oder Pistolen ausgefochten, sondern mit der blanken Hand. Dort angekommen, wurden die Parteien an ihre Stellen vorschriftsmäßig verteilt. Die zwei Streithähne näherten sich einander, begrüßten sich höflichst durch einen Händedruck. Auf das verabredete Zeichen sausten die ersten Ohrfeigen nieder. Keiner wollte eine Ohrfeige schuldig bleiben. Schließlich packte einer den anderen an die Gurgel und wollte ihn erwürgen. Die Sekundanten mußten einschreiten, um einen Todesfall zu verhüten. Erst als die Bergleute der Ferdinandgrube zur Arbeit und zurück gingen (Wechselschicht) und sich anschickten, in den Streit einzugreifen, verschwanden die beiden Streithähne mit ihren Sekundanten von der Bildfläche.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Wenn sie 100 000 Zloty geschenkt bekämen!

Von **F. M.**

Der Kleinrentner: Ich würde das Geld in die Vorschußkasse tragen und es gegen ganzjährliche Kündigung anlegen.

Der Hausbesitzer: Ich habe zwar an einem Hause nichts als Aerger und muß fortwährend zusetzen. Trotzdem aber würde ich mir ein neues Haus kaufen.

Der Spekulant: Ich wäre schön dumm, wenn ich verraten würde, was ich mit dem Geld anzufangen gedenke!

Der Beamte: Ich ließe mich freiwillig kündigen.

Der Privatangestellte: Ich würde meinem Alten einmal gründlich die Meinung sagen!

Der ewige Bräutigam: Ich würde sofort heiraten, aber meine jetzige Braut, die Trude, auf keinen Fall!

Der Patriot: Ich würde das Geld in ausländischer Währung anlegen, für alle Fälle! Man kann nie wissen!

Ein ganz Frommer: Die Zinseszinseszinseszinsen lasse ich der Kirche zukommen, und wenn man mir zuviel Kirchensteuern aufbrennt, gehe ich in eine Sekte, die billiger ist, oder trete ganz aus der Kirche aus!

Der Backfisch: Ich würde jeden Tag Torte mit Schlagsahne kaufen, mir ein Auto und eine Villa kaufen, sowie einen lyrischen Dichter heiraten.

Einer der Abgeordneten: Ich würde meine Reden und die Satzungen meines Verbandes in je 500 000 Stück drucken und an alle Plakatsäulen kleben lassen. Natürlich auf eigene Kosten!

Ein Wohltäter: 10 000 Zloty würde ich wohltätigen Zwecken vermachen, die gleiche Summe für Zeitungsanzeigen ausgeben, daß meine hochherzige Spende allgemein bekannt wird und den Rest für mich verwenden.

Ein Mißtrauischer: Das sind sicher nur 100 000 Papierzloty!

Ein unterer Beamter: 100 000 Zloty! Gibt es denn überhaupt soviel Geld?

Ein Chjenist, ein echter Vollblutpole: Ich würde mich mit einem gerissenen Geschäftsmann zusammentun. Aber mit einem ganz gerissenen. Und wenn's ein Jude ist!

Ein Querkopf: Ich würde eine neue Zeitung herausgeben, eine neue Partei gründen und mich als Kandidaten aufstellen lassen!

Der Gelehrte: Ich würde meine im Jahre 1916 abgebrochenen Forschungen darüber wieder aufnehmen, ob Kant seit 1781 seinen Grundsätzen im Gebrauch des Semikolons treu geblieben ist oder nicht, und die Ergebnisse meiner Forschungen in einem mehrbändigen Werke veröffentlichen.

Der Philister: Ich würde wöchentlich fünfmal mein Stammlokal besuchen; jedesmal drei Glas mehr trinken als bisher; nur „Ergo" der Firma „Noblesse" rauchen; das bürgerliche Käseblatt allein halten, statt mit meinem Nachbar zusammen zu lesen; im Winter jeden Tag die gute Stube heizen lassen; dem Blutwurstverein eine neue Fahne spenden; usw. usw.

Der Anhänger des alten Systems: Für drei Viertel des Geldes ließe ich eine Monarchie herstellen. Dann genügen die übrigbleibenden 25 000 Zloty, ein angenehmes Leben zu führen.

Der Vergnügungssüchtige: Ich würde leben, leben und nochmals leben!

Ein Kapitalist: 100000 Zloty? Ein rechter Dreck!

Meine Wenigkeit: Gebt mir erst das Geld! Dann werdet ihr schon sehen, was ich damit anfange!!

Humor.

Vorsichtig.

„Mein Mann hat mir noch nie ein böses Wort gesagt."
„Wie rücksichtsvoll."
„Nein, vorsichtig."

Falsche Reue.

Frau Filzig hatte einen Knopf in den Klingelbeutel geworfen.

Als die Kirche aus war, merkte sie ihren Irrtum und lief schleunigst zurück.

„Sicherlich hat Sie das Gewissen so sehr gequält", sagte der Pastor.

„Das gerade nicht," antwortete Frau Filzig, „aber ich habe einen falschen Knopf gegriffen, und der fehlt mir nun an der Garnitur."

Flüssigkeiten.

In einem Zuge München—Berlin schläft ein Mann allein in einem Abteil. Wilhelm Busch steigt ein, legt über den Schlafenden, der ziemlich heftigen Alkoholgeruch um sich verbreitet, einen Korb ins Gepäcknetz. Der Zug setzt sich in Bewegung. Aus dem Korb fällt ein Tropfen auf die Wange des Schlafenden, der sofort erwacht. Er wischt den Tropfen mit einem Finger ab und riecht daran. Dann fragt er den ihm gegenüber dösenden Busch:

„Schnaps?"
„Nein, Dackel!" antwortet Busch.

Eine treffende Antwort.

Der berühmte jüdische Dichter Scholem Asch wurde einmal einem Herrn Krohn vorgestellt, den er fragte: „Sagen Sie, Herr Krohn, woher haben Sie nur das r in Ihrem Namen?" Worauf Krohn erwiderte: „Aus Ihrem, Herr — Asch".

Die Glatze.

Die Kinder spielten Indianer. Der Vater sah zu und fragte dann: „Soll ich mitspielen, großer Siouxhäuptling?"
„Nein, Vater, das geht nicht, denn du bist ja schon skalpiert."

Die richtige Adresse.

Wahrsagerin: „Ich sehe aus Ihrer Hand, daß Ihnen Unheil droht. Irgend jemand wird Ihren Weg kreuzen. Ich warne Sie."

Kunde: „Ich bin Chauffeur. Möchten Sie nicht lieber den anderen warnen?"